

**Dringliche Motion FDP / JF (Christian Wasserfallen JF / Pascal Rub FDP):
Konsequentes Handeln bei gewalttätigen Demonstrationen und Verzicht auf die völlig
verfehlte Deeskalationsstrategie für geordnete und friedliche Demonstrationen in Bern.**

Die Vorkommnisse vom 6. Oktober 2007 anlässlich der Anti-SVP-Kundgebung wurden von regionalen, nationalen und sogar internationalen Medien hinlänglich kommentiert. Politiker aller Couleure haben sich zu Wort gemeldet und es herrscht praktisch einhellig die Meinung, dass an diesem Samstag die Demokratie und die politischen Institutionen zu den grossen Verlierern gehören. Die Stadt Bern hat einen immensen Imageschaden erlitten.

Obwohl die Aufarbeitung dieses Anlasses noch längst nicht abgeschlossen ist und hoffentlich noch etliche Konsequenzen nach sich ziehen wird, wollen wir nicht in das allgegenwärtige Klage lied einstimmen, sondern uns Überlegungen zur Zukunft machen. Was am 6. Oktober 2007 in Bern vorgefallen ist, darf sich nie mehr wiederholen.

Wir fordern deshalb den Gemeinderat zu folgenden Massnahmen auf:

1. **Abkehr von der Deeskalationsstrategie.** Die Strassenschlachten anlässlich der „Abendspaziergänge“, der WEF-Kundgebungen und der SVP-Veranstaltung sind nicht durch „provokierende“ Polizei heraufbeschworen worden. Die Aktivisten suchen den gewaltsamen Weg und bereiten sich entsprechend darauf vor. Gewalt ist das Mittel zum Zweck und es ist naiv zu glauben, dass mit einer unsichtbaren Polizei das Gewaltpotential reduziert werden kann. Zudem nimmt die unsägliche Deeskalative Strategie Sachschäden gezielt in Kauf, was überhaupt nicht in unserem Sinn ist. Am 6. Oktober konnte sogar beobachtet werden, dass ein Einschreiten der Polizei sogar bei den erheblichen Schäden nicht zu erkennen war.
2. **Unbewilligte Demonstrationen sind sofort aufzulösen und das Demoregelment entsprechend zu verschärfen.** Einmal getroffene Entscheide sind durchzuziehen, ausgesprochene Verbote durchzusetzen. Es wundert nicht, dass die Aktivisten die Regierung nicht mehr ernst nehmen, wenn unbewilligte Demonstrationen „hinter vorgehaltener Hand“ toleriert werden oder wenn „Essensabgaben“ vom Gemeinderat zwar verboten, aber anschliessend trotzdem nicht verhindert werden.
3. **Temporäre Schliessung der Reithalle während Demonstrationen** und zwar solange bis dort eine Organisation besteht, welche sicherstellt, dass Drogendealer und Gewalttäter keine Zuflucht mehr finden. Wir glauben nicht mehr an die „zarte Blume“ des Dialogs, welche es „zu hegen und pflegen“ gilt. Die Grenzen wurden klar überschritten und die Antwort hat mit aller Deutlichkeit zu erfolgen.

Wir verlangen von der Regierung und deren Organe, dass in der Stadt Bern die Gesetze durchgesetzt und die Mehrheit vor gewalttätigen und undemokratischen Randgruppen geschützt wird!

Begründung der Dringlichkeit:

Die politischen Lehren aus dem 6. Oktober 2007 müssen unbedingt vor der EM 2008 gezogen werden. Krawalle in dieser Form dürfen in Bern nie mehr stattfinden, sonst droht ein massiver Imageverlust für unsere schöne Stadt.

Bern, 10. Oktober 2007

Christian Wasserfallen / Pascal Rub